

Anlage
zu TOP 3 /

Betreff: WG: Stadtverordnetenversammlung am 21.11.2011

Anlagen: Rechtsextremismus_Ahrensburg.doc

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich schreibe heute in der Hoffnung an Sie, dass Sie mir helfen und in der Stadtverordnetenversammlung auf das Problem der Rechten in Ahrensburg aufmerksam machen können.

Obwohl vom Problem des Rechtsextremismus in Stormarn beinahe nichts über die Presse verlautet wird und die Verwaltung der Stadt Ahrensburg sich vehement weigert von den Vorkommnissen der letzten Monate zu berichten, besteht dieses Problem trotzdem und kann nicht durch Schweigen gelöst werden. Im Anhang finden Sie Fotos, die Schmierereien und Aufkleber im gesamten Ahrensburger Stadtgebiet zeigen, eine Auflistung der letzten Vorkommnisse, sowie offene Drohungen der „Autonomen Nationalisten“, welche diese wöchentlich auf der Homepage unseres Jugendzentrums hinterlassen. Das „42“ und ich als deren Vorsitzende üben sich dennoch nicht in Vergeltungsschlägen, sondern sind in den letzten Monaten mehrfach in Ausschüssen und persönlichen Gesprächen mit Herrn Sarach, Herrn Krause und Herrn Ropers an die Stadt heran getreten, um uns Unterstützung zu holen. Allerdings kann man in keinsten Weise davon sprechen, dass uns Glauben geschenkt und das Problem ernst genommen wurde. Am 23. Mai stellte die Fraktion der Grünen einen Antrag an die Stadtverordnetenversammlung, der einen Beitritt der Stadt Ahrensburg im Antirassistischen Bündnis Stormarn (ARABUES) vorsah. Dieser wurde in andere Ausschüsse vertagt und schließlich am 20. Juni mit der Begründung abgelehnt, der Beitritt koste zu viel Geld und es sei auch keine andere Gemeinde Mitglied. Beide Gründe sind jedoch falsch. Eine Mitgliedschaft kostet nichts und mit Frau Sauerwein-Weber ist eine offizielle Vertreterin der Stadt Bargteheide im Bündnis.

Die Autonomen Nationalisten amüsierten sich köstlich in ihrem Internetauftritt über die Stadtverordnetenversammlung und lobten den Entschluss.

Mit der Ablehnung wurde allerdings versichert, dass man sich nach der Sommerpause im Bildungsausschuss und im Sozialausschuss um andere Ideen kümmern würde, wie man gegen die stark zunehmende rechte Präsenz vorgehen könne.

In den folgenden Monaten kam es zu weiteren Vorfällen: Vor dem „42“ versuchten augenscheinlich rechte Personen aus Ahrensburg und Umgebung mit Parolen wie „frei, sozial, national“, Besucher einer private Geburtstagsparty aus dem Gebäude zu locken. Nachdem wir die Polizei alarmiert hatten, fanden die Beamten bei der Gruppe von ca. 20 Personen Holzlaten und Stahlruten. Außerdem wurde in der Innenstadt an mehrere Gebäude SS, SA und NS gesprüht. Vor dem Le disque wurde ein dunkelhäutiger Ahrensburger von den gleichen Personen verprügelt. Im Hagen kam es nach Anwohnerangaben dazu, dass ebenfalls Jugendliche aus deren Fenster Musik wie „unter dem Hakenkreuz“ zu hören ist, mitten in der Nacht mit Schreckschusswaffen schossen.

Außerdem wurde in Glinde ein Laden eröffnet, der die Marke Thor Steinar verkauft die ausschließlich vom rechten Spektrum getragen wird.

Beim Bildungsausschuss am 1. September wurde dann von Herrn Ropers ein Sachstandsbericht zum Thema Rechtsextremismus/Antirassismus vorgetragen. Dieser beinhaltete allerdings nur die Schilderungen eines rechten Jugendlichen, mit dem sich Herr Ropers zuvor getroffen hatte, um auch seine Meinung zu erfahren. Dieser berichtete davon, dass Mitglieder unseres Jugendzentrums ihn mit einer Bombenatmosphäre bis vor die Haustür verfolgt hätten. Diese lächerliche Anschuldigung war der einzige Inhalt des Berichtes. Dies finde ich sehr erschreckend, da Herr Ropers mit unserem Haus seit Jahren vertraut ist und in einer offiziellen Erklärung lieber den Ausführungen eines Rechtsradikalen vertraut der im Internet ganz offen seine Meinung präsentiert. Neuerdings trägt der junge Mann ein Tattoo welches die Othala-Rune zeigt, ein Symbol welches auch von der Hitlerjugend und SS verwandt wurde.

Am 22. September schließlich sollte das Thema Rechtsextremismus, wie es die Stadtverordnetenversammlung beschlossen hatte, im Sozialausschuss besprochen werden und über Präventionsmaßnahmen oder ähnliches diskutiert werden. Obwohl mir die Vorsitzende Petra Wilmer zu Beginn der Sitzung versicherte ich könne die Wichtigkeit des Themas ja daran sehen, dass es in dieser Sitzung besprochen wird, wurde es wieder nicht behandelt. Herr Sarach gab an es müsse an einem Bericht gearbeitet werden, der nicht nur meine persönliche Wahrnehmung beinhalte und beantragte das Thema um weitere vier Monate zu verschieben und das ganze im neuen Jahr zu besprechen. Meine Enttäuschung kann ich gar nicht ausdrücken, besonders da diesmal zum ersten Mal auch zwei Personen im Publikum saßen, die eindeutig zu der rechten Szene gehören und sich über die Vertagung des Themas sichtlich freuten.

In Stormarn haben wir noch keine „mecklenburgischen Verhältnisse“ wie es Herr Sarach zu sagen pflegt, doch sieht man an Glinde, Reinfeld und Bargtheide, dass auch wir nicht von dieser Ideologie verschont bleiben. Auch der Verfassungsschutzbericht vom letzten Jahr warnt entschieden vor der neuen Entwicklung der „Autonomen Nationalisten“. Diese sind meist jung und gewaltbereiter als andere Gruppen. Die Autonomen Nationalisten Stormarn verwenden im übrigen in ihrem Internetauftritt das Ahrensburger Schloss auf der Startseite. Es handelt sich also auch um eine Ahrensburger Problem.

Ich will nicht, dass es in Ahrensburg einmal soweit kommt, dass die NPD hier Fuß fassen kann oder Jugendliche mit Migrationshintergrund nicht ohne Bedenken abends vor die Tür treten können.

Bitte helfen Sie mir und anderen Jugendlichen, wie auch Erwachsenen in Ahrensburg, die sich offen gegen diese Entwicklungen richten und aufgrund dessen im Internet und auf offener Straße bedroht werden.

Bitte treten Sie in ihrem Ausschuss und ihrer Partei dafür ein, dass an Präventionsmaßnahmen, z.B. der Aufklärung an Schulen über Rechtsextremes Gedankengut, Kleidung und Verhalten informiert wird. (Gerne kann auch das Thema Linksextremismus besprochen werden. Das „42“ versucht nämlich keineswegs Jugendliche in eine linksextreme Richtung zu zerren!) Außerdem könnten Sie sich zum Beispiel für eine öffentliche Solidarisierung mit Aktionen gegen ein Aufkommen der rechten Bewegung einsetzen und insbesondere keinem weiteren Vertagen des Themas zustimmen und uns so alleine stehen lassen.

Mit freundlichen Grüßen und voller Hoffnung

Sarah Lang

1. Vorsitzende der Jugendkulturinitiative Ahrensburg